

Vossische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die 'Vossische Zeitung' erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage: 'Zeitbilder', wöchentlich zweimal. Sonstige Beilagen und Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücke, Hypotheken- und Geldverkehr, für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage. — Man bestell die 'Vossische Zeitung' in Berlin und Umgebung bei den Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co., außerhalb bei allen Postanstalten.

Bezugspreis: Für Groß-Berlin monatlich 3 M. 75 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. Durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. — Anzeigenannahme: Voßhaus, Breite Straße 89, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/23, und in allen Ullstein-Filialen. Fernsprach-Zentrale Ullstein & Co. Amt Moritzplatz Nr. 11 950, 11 951, 11 952, 11 953 bis 11 959, 15 951 bis 15 991. Amt Zentrum Nr. 8690.

Im Verlage von Ullstein & Co.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22/26.

Beantwortlich für die Redaktionen (mit Ausnahme des Sonntags) J. Bachmann in Berlin.

Zurückberufung der amerikanischen Schiffe.

Folgen der Sperre für Amerika.

Vorübergehende Schließung des New-Yorker Hafens.

Nach Kabelmeldungen aus New York, die über Kopenhagen nach Berlin gelangt sind, haben die amerikanischen Reeder ihre auf der Fahrt nach Europa befindlichen Schiffe durch drahtlose Befehle zurückgerufen. Dampfer, die am Mittwoch im New-Yorker Hafen zur Abfahrt bereit lagen, wurden zurückgeschickt.

Nach einer weiteren Nachricht wurde der New-Yorker Hafen am Mittwoch abend 10 Uhr plötzlich ohne Bekanntheit des Grundes für geschlossen erklärt, so daß keine Schiffe abfahren konnten. Die Schließung wurde jedoch bereits am nächsten Morgen laut folgender Mitteilung wieder aufgehoben:

London, 1. Februar.

Reuter meldet aus New York: Der Hafen ist heute morgen wieder geöffnet worden. Die Behörden teilten mit, daß der Hafen geöffnet sei, auszuführen, jedoch auf eigene Gefahr.

Diese Reutermeldung entspricht der von uns bereits gefaßten Ansicht an der Spitze des Blattes wiedergegebenen Nachricht, daß die amerikanische Regierung keinerlei Verantwortung für die ausbleibenden Schiffe übernehme. Darin liegt ohne Zweifel der Grund, daß die amerikanischen Reeder es vorgezogen, ihre Schiffe zurückzubringen oder zurückzuführen.

Eine amerikanische Note?

Drahtmeldungen der 'Vossischen Zeitung'.

\* Amsterdam, 2. Februar.

Reuter meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing war vor seiner Konferenz mit Wilson stundenlang mit der Aufstellung eines Schriftstückes beschäftigt, über dessen Art er nicht sagen wollte. Die Kommission des Kongresses zur Untersuchung der Wilson Note zusammenhängenden Verleumdungen ist wegen der Lage nach Washington zurückgekehrt.

Reuter berichtet aus Washington: Nach einer Mitteilung des Korrespondenten der 'Associated Press' habe Lansing jede Mitteilung verweigert. Doch bestehen Anzeichen dafür, daß an Deutschland eine Note abging.

\* Genf, 2. Februar.

Die italienische französische Agence Havas meldet aus Washington: Die deutsche Note führte bei der ersten Prüfung zu Auslegungen, die den Eindruck erweckten, daß die Lage als außerordentlich ernst angesehen wird, und daß man eine rasche Aktion erwartet. Wie das 'Zeit Pariser' meldet, erweckt die Note in allen Washingtoner Kreisen unbestimmte Erregung. Die maßgebende Meinung sei die, es bestehe kein Zweifel, daß die deutsche Mitteilung einem diplomatischen Brand auf die Vereinigten Staaten gleichkomme. Der Eindruck sei der, daß das amerikanische Volk den deutschen Angriff nicht dulden werde. Alles hängt von der Entscheidung des Präsidenten ab. (Das sind zunächst wohl nur die Wünsche der Genies.)

Dänemark für den Weiterexport nach England.

Kopenhagen, 2. Februar.

Meldung des Rigauer Büros.

In der heutigen einflussreichen geheimen Reichstagssitzung, der alle Mitglieder der Regierung und alle Abgeordneten beimohnten, machte der Minister des Äußeren Mitteilung über die gegenwärtige Lage. Er teilte mit, es sei die Ansicht des Ministers, im Zusammenarbeiten mit den verschiedenen Erwerbsorganisationen dahin zu wirken, daß der Umfug mit dem Ausland unter den gleichen Grundbedingungen wie bisher aufrecht erhalten werde. Die Führer der verschiedenen Parteien erklärten ihre Zustimmung zu dem seitens des Ministers vorgelegten Beschlüssen. Der Minister des Innern gab Ausführungen über die getroffenen oder beschlossenen Beschlüsse. Der

Folketingspräsident schloß in Uebereinstimmung mit dem Minister der Finanzen die Sitzung mit der Aufforderung, der neuen Lage mit mäßiger Ruhe und Ratsamkeit zu begegnen.

Mit der Einstellung des gesamten Schiffsverkehrs nach England und Frankreich ist auch die gesamte Ausfuhr von Lebensmitteln nach England stillt. Ueberall ist die Ansicht vorherrschend, man müsse wegen der neuen Lage eine abwartende Haltung einnehmen.

Englischer Jünglingsrei nach Amerika.

Drahtmeldung.

London, 2. Februar.

Reuter verbreitet einen ausgefaßten Entschluß der englischen Presse über die neue deutsche Maßnahme. 'Daily Telegraph' schreibt, daß es nicht zweifelhaft sei, wie die Allierten nun handeln müßten. Sie werden ihre Blockade verstärken und keine Hilfe leisten, um dieses Gezeck zu unterbrechen. 'Nachdruck Hard' sagt im 'Daily Telegraph', daß der Kampf gegen die U-Boatpatrouillen ein Kriegesproblem sei, das, was England angeht, jedes andere Problem übersteige. Die 'Daily Mail' meint, das britische Volk habe niemals bezweifelt, daß die Vereinigten Staaten in diesem Krieg verwickelt würden und verlange das auch jetzt noch nicht. Aber es sei schwer, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten sich mit dieser Note zufrieden geben würden. Den Deutschen würde es nicht gelingen, England auszuheulen. Die 'Times' sagt, es sei allein Sache der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes, eine Entscheidung über Deutschlands unerwünschte Schritte zu treffen. 'Daily News' meint, Deutschland's Inzucht auf dieser verwerflichen Methode sei der überzeugendste Beweis für die Lage, in die es gebracht sei. 'Daily Chronicle' will, daß die Allierten sich über die Strafe für die neue Methode, und die dafür in Frage kommenden Personen, die für den neuen Unterseebootkrieg verantwortlich seien, einigen sollten. Das Blatt wünscht, daß die Allierten in einer Kollektivnote Deutschland davon unterrichten.

Herabsetzung der Ofgrenze des Sperrgebiets um England.

Amstliche Meldung.

Berlin, 2. Februar.

Die Ofgrenze des Sperrgebiets um England ist folgendermaßen geändert worden: Vom Punkt 32 Grad 30 Minuten Nordbreite & 6 Grad Ostlänge über Punkt 56 Grad Nordbreite & 6 Grad Ostlänge nach Punkt 56 Grad Nordbreite & 6 Grad 50 Minuten Ostlänge. Im übrigen verläuft die Ofgrenze wie bisher.

Die Lage für Spanien.

\* Genf, 2. Februar.

Die Agence Havas meldet aus Madrid: Ministerpräsident Romanones ist der Meinung, daß die Schwierigkeiten der Lage Ruhe und Besinnung erfordern. Er ist entschlossen, auf die Interpellationsgesuche nicht zu antworten. Er appelliert an die Zurückhaltung und den Patriotismus des Parlaments. Die Pariser Blätter erfahren aus Madrid: Die Blätter sehen die Lage einmüßig als äußerst ernst an. Auch die deutschfreundliche Presse bezeichnet die Note als katastrophal ernst. Der entsetzliche 'Imparcial' schreibt: Unter Exporthandel ist erlaubt, ebenso unter Einfuhrhandel, da wir von heute ab kein Obmann englische Kohle einführen können. Die spanische Regierung muß daher neue Schritte studieren, um der täglich schwerer werdenden Lage gegenüberzutreten. Auch man noch sagen, daß nicht allein die Regierung, sondern ganz Spanien sich beilegen wird, auch energischste zu protestieren? Der 'Biberal' (ein Blatt der gleichen Richtung) schreibt: Da die Mittelmächte keinen deutschen Frieden schließen konnten, erklären sie den Krieg gegen die, die sich nicht verteidigen können, einen offenen Krieg, der den spanischen Handel vernichtet, und die spanischen Inseln in ein Land des Hungers und der Trauer verwandelt wird. Wir warten die Haltung der Vereinigten Staaten ab, um dementsprechend vorzugehen.

(Siehe auch 3. und 4. Seite.)

Grundfätzliches zur Wahlrechtsfrage.

Als Sonderheft in der 'Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung', die Dr. Heinrich Braun im Verlage von Julius Springer, Berlin, herausgibt, ist soeben eine Broschüre des bekannten Berliner Historikers Prof. Dr. Friedrich Meinecke, die 'Die Reform des preussischen Wahlrechts' enthielt. Wir geben nachstehend die Grundgedanken des außerordentlich beachtenswerten Aufsatzes wieder.

Friedrich Meinecke sucht sein Problem aus der Fülle einer ganzen Reihe von Problemen unseres Verfassungslebens herauszufaßeln, ohne sie streng voneinander zu trennen. Er will die Frage, welches Wahlrecht das gegebene für Preußen ist, gerade im engsten Zusammenhang mit dem Verfassungsrecht des Reiches lösen. Der freiheitliche Ausbau des Reiches, den Bismarck gerade im bewußten Gegensatz zu Preußen geschaffen hat, ist für Meinecke eine der Hauptaufgaben, worum das preussische Wahlrecht reformiert werden muß. Die ständigen Reibungen, die sich zwischen Reich und Preußen ergeben und vor allem die Verfestigung in ihren Entschlüssen ständig gehemmt haben, zwingen nach seiner Ansicht, der preussischen Verfassung neue Formen zu geben. Das Bedenken an dem preussischen Wahlrecht ist seine Entstehung in der von Rämpfen erfüllten Zeit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, es ist für das preussische Verfassungsorganisch und elementar preussisch als Abkömmling der Stein-Scharnhorstschen Reformen als Ausdruck der verortlichen Tendenz des preussischen Staatslebens ähnlich im Leben treten können. Auch die Reichsvereinfachung ist später ein Kompromiß zwischen den Interessen der Reaktionen und der Reaktionen gewesen. Auch sie hat wie die preussische Verfassung starke Positionen der Macht für die Regierung aufbewahrt, die oft genug heil und lebensschaffend umgestaltet worden sind. Aber diese Lebenskräfte haben ein Ventil — das allgemeine gleiche Wahlrecht. Meinecke legt dar, wie es sich bewährt hat. Jede Wahlreform hatte zuerst doch nur wieder eine gewisse ausgleichende und beruhigende Wirkung. Wäre das allgemeine Wahlrecht nicht gewesen, so wäre der Konflikt zwischen dem freieren Süden und dem konservativen Norden in den Bundesrat hineingetragen worden.

Nach alledem muß die alte Streitfrage, ob Bismarck mit der Verfassung des allgemeinen Reichswahlrechts recht getan sei, mit einem scharfen Ja beantwortet werden. Er unterließ dann die Frage, ob die Monarchie durch dieses Wahlrecht geschwächt worden ist und betont, daß ihre künftige Größe der Zukunft anvertraut werden muß. Die freie Beherrschung von Ort und Welt gewesen ist. Trotzdem war auch Bismarck's Werk nur ein Provisorium, denn er selbst hat in der Zeit des norddeutschen Bundes an eine 'Vereinfachung des Kaiserrechts' gedacht, vielleicht auch an eine Angleichung des von ihm damals bekanntlich auf künftige vertriehen preussischen Dreiklassenwahlrechts an das Reichswahlrecht. Wenn er schließlich davon Abstand nahm, so war nach Ansicht der Berliner Historiker dabei ausschlaggebend, daß der Dualismus von Abgeordnetenhaus und Reichstag für ihn ein unheilbares Verfallsmitel, z. B. auch gegen den Partikularismus war. Erkannt wurde lange hindurch eine Reform des Wahlrechts durch den Kampf, den im Reichstage jedesmal die Forderungen für Meer, Flotte und Kolonien nötig machten. In dieser Lage schien das preussische Wahlrecht ein unentbehrliches Korrektiv für das Reichswahlrecht.

Seitdem ist es unausgesprochen vorwärts gegangen. Das Reich ist durch elementare Gewalt umgestaltet worden. Oefentlichkeit entstehen heute nicht im Bundesrat, sondern in der Reichskammer. Die Reichsbürokratie wird so zum Doppel des Unterhauses. Sie ist an die Stelle getreten, die früher die übererbenen Persönlichkeiten Bismarcks inne hatte. Dadurch aber macht sich der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich wieder unannehmlich fühlbar. Mit Recht fordert Meinecke, daß in beiden ein einziges Gesetz, ein einheitlicher Wille herrscht. Der Reichskammer aber hat als preussischer Ministerpräsident viel zu geringe Rechte über seine Ministerkollegen, während er den Staatsverträgen gegenüber mächtiger ist. Das allein erfordert schon die Ausgestaltung zwischen preussischem und Reichswahlrecht. Solange der Reichskammer das Vertrauen seines Monarchen hat, muß er seine eigene Politik auch gegen den ge-